



## "Wind und Sonne statt Kohle und Atom - Protest mit fünf Meter hohem "Kohlosaurus" in Berlin

"Wind und Sonne statt Kohle und Atom" - Protest mit fünf Meter hohem "Kohlosaurus" in Berlin  
BUND und Campact fordern: Länder müssen Ausbremsen der Energiewende entgegenreten  
BUND-Position zum EEG-Reformgesetz veröffentlicht  
Die Ministerpräsidentenkonferenz in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin, die auch das Thema Energiewende auf der Tagesordnung hatte, wurde heute von lautstarken Protesten begleitet. Klimaschutzler platzierten einen fünf Meter hohen "Kohlosaurus" - halb Kohlekraftwerk, halb Dinosaurier - vor das Gebäude und forderten von den Bundesländern, auf grundlegende Änderungen der Pläne von Bundesenergieminister Sigmar Gabriel zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu drängen. Der "Kohlosaurus" versuchte ein drei Meter hohes Windrad aufzufressen. Demonstranten forderten auf Schildern und mit Sprechchören "Wind und Sonne statt Kohle und Atom". Zu der Aktion hatten das Kampagnennetzwerk Campact und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) aufgerufen.  
"Statt die kostengünstigste erneuerbare Energie - die Windkraft an Land - auszubremsen, müssen die Bundesländer alles daran setzen, die klimaschädliche Braunkohle zurückzudrängen", sagte Oliver Moldenhauer von Campact. Die Zunahme der Braunkohleverstromung gefährde die Klimaschutzziele und passe nicht zur Energiewende. "Braunkohlekraftwerke sind genau wie Atomkraftwerke schwerfällige Kraftwerkskolosse, die natürliche Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie nicht flexibel ausgleichen können", sagte Moldenhauer. "Nicht die erneuerbaren Energien sind das Problem sondern zu viel Braunkohlestrom", so Moldenhauer. Das gegenwärtige Überangebot an Braunkohlestrom mache effiziente Gaskraftwerke unwirtschaftlich und treibe die EEG-Umlage in die Höhe, da diese auf der Differenz zwischen Börsenpreis und den Vergütungssätzen für erneuerbare Energien basiere.  
Die BUND-Energieexpertin Daniela Setton kritisierte die neuen Vorschläge aus Bayern zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. "Der bayerische Vorschlag, die Förderung bei acht Cent pro Kilowattstunde zu begrenzen, ist Unsinn. Wenn die EEG-Umlage auf ihren Kern zurückgeführt wird und ausufernde Industriebefreiungen gekürzt werden, wird sie sogar sinken. Der bayerische Ministerpräsident Seehofer sollte stattdessen in Bayern von der Bremse beim Ausbau der Windenergie gehen", sagte die BUND-Expertin. Setton rief die Ministerpräsidenten auf, einen überhasteten Systemwechsel hin zu Ausschreibungsmodellen - wie von der Bundesregierung geplant - abzulehnen. "Die bisherige Einspeisevergütung ist das Herzstück der Energiewende. Die so bewirkte breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Erneuerbare-Energien-Anlagen führt zu einer hohen Akzeptanz der Energiewende", sagte Setton.  
Die aktuelle BUND-Position zum Entwurf des EEG-Reformgesetzes (Entwurf eines Gesetzes zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften des Energiewirtschaftsrechts vom 4.3.2013) finden Sie im Internet unter: [www.bund.net/eeg-gesetzentwurf](http://www.bund.net/eeg-gesetzentwurf)  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 / 27 58 64 - 40  
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40  
Mail: [bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)  
URL: <http://www.bund.net>

### Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

[bund.net](http://bund.net)  
[bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

### Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

[bund.net](http://bund.net)  
[bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.